

Südostasiens Regierungen flüchten ins Grüne

Nach Burma und Malaysia planen auch Thailand und die Philippinen neue Hauptstädte

Thailands Militärregierung plant Grosses: Ausserhalb von Bangkok soll eine neue Kapitale entstehen. Auch die Regierung der Philippinen will dem Chaos in Manila entfliehen. Neben mehr Effizienz ist durchaus auch Abstand zum Volk willkommen.

MANFRED RIST, BANGKOK

Als der frühere malaysische Regierungschef Mahathir Mohamad 1995 den Spatenstich zum Bau von Putrajaya tätigte, wurde ihm Grössenwahn vorgeworfen. Keine Minister, weder Beamte noch deren Familien oder Diplomaten, wollten damals in eine ausserhalb Kuala Lumpurs liegende Retortenstadt ziehen.

In diesen Tagen erlebt der 92-jährige Mahathir gerade eine politische Renaissance; es ist nicht einmal auszuschliessen, dass er in diesem Jahr erneut Premierminister wird. Den Ruf als weitsichtiger Staatsmann hat er sich unter anderem mit jenem neuen Verwaltungszentrum geschaffen, das 25 Kilometer südlich der Hauptstadt aus dem Boden schoss. Mittlerweile verbindet eine Schnellbahn namens Klia-Express Kuala Lumpur mit dem neuen administrativen Sitz und dem Flughafen.

Kasachstan, Burma, Ägypten

Die Idee, auf der grünen Wiese neue Verwaltungszentren zu bauen, hat inzwischen Schule gemacht: Seither haben Kasachstan mit der Glitzermetropole Astana und Burma mit dem megaloman anmutenden Naypyidaw ihre Retortenstädte erhalten. In Ägypten entsteht in der Wüste ein neues Kairo. 100 Kilometer nördlich von Manila ist der Bau von New Clark City geplant, das unter anderem einen als «National Government Administrative Centre» (NGAC) bezeichneten Regierungsdistrikt enthalten soll. In Indonesien hegt die Regierung seit längerem ähnliche Pläne. Jakarta, das frühere Batavia, das bereits zu Kolonialzeiten trockengelegt werden musste, sinkt zusehends unter den Meeresspiegel, kämpft deshalb regelmässig mit Überflutungen und erstickt förmlich im Verkehr.



Burmas sterile neue Hauptstadt Naypyidaw ist in dünn besiedeltem Gebiet aus dem Boden gestampft worden.

SOE ZEYA TUN / REUTERS

In grossen Ländern wie den USA, Kanada, Australien, Brasilien, Indien und Pakistan – aber auch Deutschland und der Schweiz – ist die geografische Trennung von Wirtschaftszentren und Regierungssitz schon länger eine Selbstverständlichkeit. Dazu gehört aus speziellen historischen Gründen auch Vietnam, wo das frühere Saigon die Wirtschaftsmetropole und Hanoi die Hauptstadt geblieben ist. In anderen ostasiatischen Staaten wie Thailand, Indonesien und den Philippinen haben Zentralisierung, Wirtschaftswachstum, Bevölkerungsexplosion und fehlende Planung indes zu chaotischen Verhältnissen und zu massiven Stadt-Land-Gefällen geführt.

Jetzt schmiedet auch die thailändische Regierung Umzugspläne. Ausserhalb von Bangkok sollen in den nächsten



NZZ-Infografik/cke.

Jahren verschiedene Retortenstädte mit bis zu 300 000 Einwohnern entstehen. Die Rede ist von New Chachoengsao City, von New Pattaya City und von New Rayong City. Wo der neue Regierungssitz entstehen wird, ist noch nicht bekannt. Es ist wahrscheinlich, dass er entlang der geplanten Hochgeschwindigkeitsstrecke, die den am Golf von Thailand liegenden Flughafen U-Tapao mit jenem von Don Muang verbinden wird, zu liegen kommt.

Regierungskreise in Bangkok bestätigen, dass Putrajaya das Vorbild sei. Die Konzentration der Ministerien und Institutionen erleichtere die Kommunikation und die Zusammenarbeit. Modernisierungen, die auch als Folge der neuen Informationstechnologien unumgänglich seien, stiessen in den städtisch verdichteten Zentren zunehmend auf Hindernisse. Auch Sicherheitsaspekte, die im Zusammenhang mit Cyberkrieg und der Terrorgefahr stünden, spielten eine Rolle.

In sicherer Distanz zum Pöbel

Die Absichten der thailändischen Regierung stehen im Rahmen eines Modernisierungsplans, mit dem die Millionenmetropole Bangkok entlastet und eine effiziente Infrastruktur für zukunftsgerichtete Branchen sowie den Tourismus geschaffen werden soll. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom Eastern Economic Corridor (EEC), der die drei Nachbarprovinzen von Bangkok umfasst. Er liegt zentral in einer Wachstumsregion, zu der Kambodscha, Laos, Burma und Vietnam zählen. Im Kreis dieser noch deutlich weniger entwickelten, aber aufstrebenden Länder sucht Thailand eine Führungsrolle.

Die thailändische Regierung hat sicherlich noch andere Beweggründe für einen Umzug ins Grüne. Die Erinnerung an die Strassenkämpfe und die Blockaden, die Bangkok zwischen 2010 und 2014 wiederkehrend lahmlegten, sind den Herrschenden noch lebhaft in Erinnerung. Damals wurden Ministerien gestürmt, der Bewegungsspielraum der Politiker eingeschränkt und die Sicherheitskräfte vor aller Welt vorgeführt. Abseits des «Mobs», wie man die Demonstranten in jenen Jahren nannte, lässt sich einfacher regieren.

Libyens Muslimbruderschaft am Scheideweg

Die einstigen Profiteure der Revolution müssen ihre Strategie überdenken

LISA WATANABE

Sieben Jahre ist es her, dass Demonstranten in Libyen am sogenannten «Tag des Zorns» in mehreren Städten auf die Strassen gingen – inspiriert von den Aufständen in Tunesien und Ägypten. Die Proteste vom 17. Februar 2011 markierten den Beginn der grossen Demonstrationen, die Muammar Gadhafis 42 Jahre andauernde Herrschaft den Todesstoss geben sollten und eine neue Ära in der libyschen Geschichte einläuteten.

Die Revolte als Türöffner

Mit dem Fall Gadhafis schlug die Stunde für die Muslimbruderschaft, welche die Nachkriegszeit in Libyen wesentlich prägen sollte. Obwohl ein libyscher Zweig der 1928 in Ägypten gegründeten Bewegung seit den späten 1940er Jahren existiert, hatte die jahrzehntelange Unterdrückung unter Gadhafi die libyschen Muslimbrüder dezimiert. Am Vorabend der Revolte lebten viele ihrer führenden Persönlichkeiten im Ausland.

Als der «Tag des Zorns» näher rückte, versammelte sich die im Ausland lebende Führung der Muslimbruderschaft am 30. und am 31. Januar 2011 in einem islamischen Zentrum in Zürich, um über mögliche Auswirkungen zu diskutieren. Als die Proteste an Dynamik gewannen, beschlossen die Islamisten, sich auf die Seite der Rebellen zu schlagen. Die im

Exil lebenden Muslimbrüder machten sich bereit, nach Libyen zurückzukehren.

Im Zuge der Rebellion bauten die libyschen Muslimbrüder ihre Präsenz aus. Bei den ersten Parlamentswahlen nach dem Sturz Gadhafis beschlossen sie, ähnlich dem ägyptischen Zweig der Bruderschaft und der Nahda-Partei in Tunesien, in die Parteipolitik einzutreten. Im März 2012 verkündeten sie die Gründung der Partei für Gerechtigkeit und Aufbau (JCP). Als zweitstärkster Partei gelang es ihr, ihren Einfluss durch Bündnisse mit unabhängigen Abgeordneten zu vergrössern. Sie setzte Gesetze durch, die Beamte der Gadhafi-Ära für ein Jahrzehnt aus der Politik verbannten und einige Abgeordnete zum Rücktritt zwangen.

Der Erfolg der JCP war jedoch von kurzer Dauer. Als das Mandat des Allgemeinen Nationalkongresses auslief und im Juni 2014 Neuwahlen für das nachfolgende parlamentarische Organ, das Repräsentantenhaus, abgehalten wurden, schnitt die JCP schlecht ab. Aus Furcht vor einer Gegenbewegung gegen Islamisten weigerten sich die Abgeordneten der JCP, die Macht an das Repräsentantenhaus abzutreten. Dieses hatte sich in der Zwischenzeit aus einer Gruppe neugewählter Abgeordneter in der Stadt Tobruk in Opposition zum Nationalkongress von Tripolis konstituiert. Fortan gab es zwei konkurrierende Parlamente.

Die politische Zersplitterung führte schnell zu einem Bürgerkrieg. Milizen,

die mit der Muslimbruderschaft sympathisierten, bildeten die sogenannte Koalition der Morgendämmerung. Unter der Führung von Khalifa Haftar, einem ehemaligen General der libyschen Armee, der eine entschieden antiislamistische Agenda vorantreibt, verbündete sich eine Miliz unter dem Namen Libysche Nationalarmee (LNA) mit dem Repräsentantenhaus zur Koalition der Würde.

Auch ausländische Mächte traten auf den Plan. Die Muslimbruderschaft und ihre Verbündeten in der Koalition der Morgendämmerung erhielten in erster Linie militärische Hilfe von Katar und der Türkei. Die Gegner der Islamisten hingegen wurden von Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland unterstützt, die der LNA unter General Haftar unterschiedliche militärische Mittel zur Verfügung stellten.

Unsicherer Kompromiss

Die Koalition der Morgendämmerung bestand fort, bis die Uno im Dezember 2015 einen Friedensvertrag aushandelte. Die Muslimbruderschaft unterstützte das Abkommen. Ihre Bereitschaft zur Versöhnung sicherte dem politischen Arm der Bewegung einen Platz in den neugebildeten Organen der Übergangsregierung. Zugleich wurde jedoch das Repräsentantenhaus Libyens einziges Parlament. Viele seiner Abgeordneten sind der Muslimbruderschaft gegenüber

weiterhin skeptisch eingestellt. Darüber hinaus hat General Haftar Einfluss auf eine grosse Anzahl dieser Politiker, die sich dem Druck ausgesetzt sehen könnten, seine feindliche Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft zu unterstützen.

Das anhaltende Misstrauen zwischen den politischen Fraktionen in Libyen hat es unmöglich gemacht, das Uno-Abkommen in seiner jetzigen Form umzusetzen. Dies veranlasste die Vereinten Nationen Ende des letzten Jahres dazu, einen neuen Fahrplan für Libyen auszuarbeiten. Der neue Plan sieht Änderungen in der Zusammensetzung des Präsidiums vor, was zur Verringerung des Gewichts der JCP-Verbündeten in diesem Gremium führen dürfte. Der Druck auf die JCP wird weiter anhalten. Der Plan der Uno sieht zudem Wahlen für 2018 vor. Mit Blick auf vergangene Wahlen scheint es unwahrscheinlich, dass die JCP-Kandidaten danach wie erhofft eine Mehrheit im Parlament bilden werden. Tatsächlich könnten Spaltungen, die in der Vergangenheit aufgetreten sind, ihre Wahlchancen stark beeinträchtigen.

Die Einflussnahme ausländischer Mächte im Libyen-Konflikt könnte ausserdem zu einer weiteren Schwächung der Muslimbruderschaft führen. Obwohl sich Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland öffentlich für eine Versöhnung der libyschen Fraktionen aussprechen, stärken sie durch ihre Unterstützung Haftars weiterhin die

Hardliner im Repräsentantenhaus. Die türkisch-russische Annäherung in Bezug auf Syrien könnte derweil zu einem grösseren Pragmatismus der Türkei in Libyen führen. Ebenso könnte die Golfkrise Katar dazu ermutigen, sich in Libyen weniger hervorzutun.

Häufige Selbstüberschätzung

Die Muslimbrüder haben sich in der Vergangenheit häufig überschätzt und sind daraus als angeschlagene politische Kraft hervorgegangen. Ein strategisches Umdenken ist daher an der Zeit. Sie könnten sich wie die Nahda in Tunesien moderat positionieren oder aber wie die ägyptische Muslimbruderschaft an einer kompromisslosen Agenda festhalten.

Die libyschen Muslimbrüder sind gespalten. Die einen befürworten einen pragmatischen Ansatz und möchten sich von der transnationalen Bewegung der Bruderschaft distanzieren, während die anderen am Grundsatz festhalten, dass alle Überbleibsel des Gadhafi-Regimes ohne Kompromisse vernichtet werden müssten. Welche Seite die Oberhand gewinnt, wird entscheidend für die Bewegung und den Platz der JCP im politischen System Libyens sein.

Lisa Watanabe forscht am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich mit Schwerpunkt Nordafrika.